

Persönlich / Vertraulich**Protokoll**

Anlass	Sitzung Kommission Energie & Umwelt
Ort	economiesuisse, Hegibachstrasse 47, Zürich oder per MS Teams
Datum	1. Dezember 2025
Zeit	14.00-17.00 Uhr
Anwesend	Sitzungsleitung: Urs Schellenberg, E. Textildruck AG Björn Avak (Electrosuisse), Roland Bilang (Avenergy), Erol Bilecen (SBVg), Philipp Bregy (Swissmem), Daniela Decurtins (VSG), Anita Eckhart (Implenia), Dominique Engelhart Schuler (cemsuisse), Lukas Federer (economiesuisse), Christian Grasser (asut), Andrew Karim (IG Landesflughäfen), Lea Klingenberg (economiesuisse), Christian Niederer (Roche), Andreas Parison (SVV), Thomas Porchet (Axpo), Hendrik Rowedder (Handel Schweiz), Frank R. Ruepp (EnAW), Marius Schlegel (Swisscom), Stefan Vannoni (cemsuisse), Felix Wenger (McKinsey)
Online	Raphael Buchbauer (HKBB), Michael Beer (BKW), Louis Ducret (Baumeisterverband), Laura Glaninger (Swiss), Iris Grob (Siemens), Michael Hug (HKBB), Stephan Jäggi (VFAS), Alexander Keberle (economiesuisse), Jean-François Krähenbühl (CVCI), Renato Marioni (WEC), Beat Ruff (EnAW), Benjamin Schmid (IGEB), Anna Vetsch (Swiss Textiles), Roger Wehrli (chocosuisse)
Gastreferent	Petra Laux, Chief Sustainable Officer, Syngenta
Entschuldigt	Lionel Dossetto (Accenture), Angelo Geninazzi (AITI), Raphael Jenny (Glencore), Jan Linder (BKW), Michael Matthes (scienceindustries), Lukas Möhr (HotellerieSuisse), Aloisa Predota (fial/Nestlé), Chris Roth (Swissmem), Tobias Stalder (ABB)
Protokoll	Michaela Bolliger, 11. Dezember 2025

1 Begrüssung und Protokoll

U. Schellenberg begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung in diesem Jahr. Herzlich willkommen heisst er Dominique Engelhart Schuler (cemsuisse), welche zum ersten Mal dabei ist sowie die Gastreferenten Petra Laux (Syngenta) und Christian Grasser (asut).

Zu den Traktanden gibt es keine Ergänzung.

Die Protokolle der letzten Sitzungen vom 1. September und 20. Oktober werden genehmigt und verdankt.

2 Bericht aus der Vorstandssitzung vom 10. November 2025 und der Vorstandsausschusssitzung vom 26. November 2025

L. Federer informiert kurz über die wichtigsten Themen.

- **Wirtschaftslage:** Laut den aktuellen Konjunkturdaten und Auftragsbeständen zeigt sich die Schweizer Wirtschaft weiterhin überraschend widerstandsfähig. Dies trotz schwierigem Umfeld. Der Industrianteil am BIP ist in der Schweiz derzeit höher als in Deutschland. Für das Jahr 2026 wird ein Wirtschaftswachstum von 1 % prognostiziert. Dabei ist der Zolldeal mit den USA noch nicht berücksichtigt.
- **EP27:** Das Geschäft EP27 ist für die Wintersession traktandert. Die geplanten Einsparungen belaufen sich auf ca. 3 % der veranschlagten Ausgaben. Trotzdem ist das EP27 umstritten. economiesuisse fordert von der Politik einen verantwortungsvollen Umgang im Bereich Finanzen.
- **Jahresplanung 2026:** Vorstandsausschuss sowie Vorstand haben die strategischen Prioritäten verabschiedet. Die Energiepolitik bleibt weiterhin ein Topthema. Die Abstimmungskampagnen zählen zu den Eckpfeilern im politischen Alltag. Nächstes Jahr und Anfang 2027 könnten im worst case rund 24 wirtschaftsrelevante Abstimmungen stattfinden.
- **Klimafondsinitiative:** Der Vorstandsausschuss hat hierzu die Nein-Parole gefasst.

3 Inputreferat Klimapolitik: UN-Klimakonferenz (COP-30) (Präsentation liegt bei)

P. Laux dankt für die Einladung sowie ihre Nominierung als Wirtschaftsvertreterin an der COP30. Diese Klimakonferenz sollte die Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen ins Zentrum stellen. Am Schluss reichte es wiederum nur für eine bescheidene Abschlusserklärung, dass man am 1,5 Grad Erwärmungsziel festhält. Zurzeit ist man auf einem Klimaerwärmungspfad von 2,8 Grad. Bei der Frage welche Massnahmen zu ergreifen sind, verläuft ein Graben zwischen Industrie- und Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Entwicklungsländer fordern Ausgleichszahlungen. Für sie steht die Klimaanpassung gegenüber der Emissionsreduktion im Vordergrund. Ein Ausstiegsdatum für fossile Energien wird weiterhin blockiert. Das Thema Handel (u.a. Grenzausgleichsmechanismen wie CBAM) wurde intensiv diskutiert und bleibt auch in Zukunft aktuell.

Kolumbien, UK sowie weitere Länder (80+) haben sich zu freiwilligen, ambitionierteren Plänen bekannt. Eine erste Sitzung in diesem Kreis soll im April 2026 in den Niederlanden stattfinden (Folie 3).

Der Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen war merklich spürbar, da diese Delegation in früheren Meetings jeweils sehr gut vorbereitet war und mit ihrer Professionalität und Verhandlungsstärke einiges erreichen konnten.

Die COP30 hat gezeigt, dass die Wirtschaft über einen Hebel verfügt, um die Erderwärmung zu bremsen. Weiter braucht es aber eine globale Kooperation mit klaren Zielen sowie definierten Spielregeln für den Handel. Die Wirtschaft wird noch mehrheitlich als Teil des Problems anstatt als Teil der Lösung gesehen.

U. Schellenberg dankt P. Laux für die interessanten Ausführungen.

Diskussion:

Die Ambitionen der Schweiz werden gesehen, auch weil die Delegation gut vorbereitet war und oft die Diskussionsführung in ihrer Gruppe (EIG, Environmental Interest Group) übernahm. In dieser waren auch

Korea, Mexiko, Lichtenstein und Monaco vertreten. Die EU hatte eine eigene Gruppe. China zeigte sich an der COP30 sehr opportunistisch, positionieren sie sich doch immer noch als Entwicklungsländer. Gemäss *P. Laux* wird die Delegation noch vom Bundesrat zu einer Nachbesprechung eingeladen.

4 Klimapolitik: Updates (Diskussion auf Wunsch)

L. Federer gibt ein kurzes Update anhand der verschickten Hintergrundinformationen.

- **CO2-Grenzausgleich bei der Einführung von Zementwaren (CO2-GAZG):** Die UREK-NR möchte die Zementindustrie gegen steigende CO2-Kosten schützen, ohne dass der Exportsektor Schaden nimmt. Die Vorlage soll an einer separaten AG-Sitzung im Januar detailliert diskutiert werden.

Diskussion:

cemsuisse begrüßt die Anstrengungen der UREK-N. Eine pragmatische Lösung (z.B. einfache Importabgabe für Klinker und Zement) ist wichtig, um weiterhin Wettbewerbssicherheit für diese Branche zu schaffen. Der Vorschlag grenzt sich klar vom EU CBAM ab.

Swissmem ergänzt, dass ihre Mitglieder natürlich nicht direkt betroffen sind. Das geplante Instrument sehen sie aber aus übergeordneter Ebene als kritisch an, da es ein Präjudiz schafft. Auch wirken solche Massnahmen für Handelspartner verunsichernd, bspw. Indien, mit dem erst kürzlich ein FHA abgeschlossen werden konnte.

Handel Schweiz betont, dass die Problematik steigender CO2-Kosten auch ihnen bekannt ist. Gleichzeitig darf die Schweiz keine Handelsbarrieren aufbauen, insb. gegenüber der EU.

IGEB versteht die Bedenken. Sie plädieren für eine möglichst schlanke Umsetzung. Die Energieintensiven Branchen sind stark unter Druck, sollten die Importe aus Drittstaaten zunehmen.

- **Anpassung der Klimaschutz-Verordnung:** Gemäss *L. Federer* ist diese nicht direkt wirtschaftsrelevant aber mit einem hohen Preisschild verbunden (Klimaneutralität der Bundesverwaltung bis 2040). *economiesuisse* ist daran diese zu prüfen und wird eine Stellungnahme einreichen.
- **Meeting mit Bundesrat Rösti zum Zielvereinbarungssystem:** *economiesuisse* hatte, zusammen mit EnAW und Gewerbeverband, im Oktober ein sehr produktives Meeting mit BR Rösti. Es bestand Einigkeit, die Zusammenarbeit zu verbessern und das Erfolgsmodell der Zielvereinbarungen wieder besser zugänglich zu machen. Der Bundesrat hat im November erneut die CO2-Verordnung revidiert und Ausnahmen von den jährlichen Reduktionszielen von 2.25% definiert.

Gemäss der *EnAW* ist nicht nur die neue CO2-Verordnung das Problem. Es sei wichtig im Hinblick auf Netto-Null die Zielvereinbarungen für alle Unternehmen zu öffnen. Zurzeit ist kein Wachstum erkennbar bei der Anzahl ZV. Im Gegenteil treten immer mehr Unternehmen aus den Zielvereinbarungen aus. Weiter stellt er eine erhöhte Tendenz zu einem Insourcing des Bundes fest, was eine erhöhte Einflussnahme bedeuten würde.

5 Klimapolitik nach 2030: Diskussionsschwerpunkt CO2-Gesetz nach 2030

L. Federer informiert, dass *economiesuisse* einen ersten Positionierungsvorschlag ausgearbeitet hat (Kernelemente Folie 15). Der Entwurf ist im Sharepoint abgelegt und orientiert sich an den bisherigen Diskussionen mit den Mitgliedern. Es ist voraussichtlich geplant entlang dieser Leitlinien einen Brief an den Bundesrat zu verfassen, der die Sichtweise der Wirtschaft verdeutlichen und klare Leitplanken beinhalten soll.

Gemäss *D. Decurtins* will der Bund offenbar zwei Systeme in die Vernehmlassung geben: Eines mit und eines ohne Zielvereinbarungen. Für *Avenergy* ist wichtig, dass der Aufwand mit dem neuen Gesetz kleiner werden muss. Bei einer Einführung eines EHS 2 ist nicht automatisch von weniger Kosten auszugehen, wie Erfahrungen aus Europa zeigen.

Abschliessend betont *U. Schellenberg* die Wichtigkeit das Gespräch mit anderen Stakeholdern zu suchen, um frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen. Im Zentrum des Interesses der Unternehmen stehen tiefe Kosten für die CO2-Neutralität, eine sichere, saubere und günstige Energieversorgung sowie die Rechts- und Planungssicherheit.

6 Energiepolitik: Updates (Diskussion auf Wunsch)

- **Stromabkommen Schweiz-EU:** *L. Federer* informiert, dass erste Indikationen des Bundes ergeben, dass 75 % der Stakeholder das Stromabkommen vorbehalslos befürworten. Die Bergkantone verorten eine gewisse Rechtsunsicherheit bei der Wasserkraft. Der Bundesrat wird dieser Problematik nachgehen.
Swissmem begrüsst das Stromabkommen, fordert aber auch einen «Plan B» falls das Abkommen oder die Bilateralen III als Ganzes keine Mehrheit finden.
- **Blackout-Initiative und indirekter Gegenvorschlag:** *economiesuisse* war dazu an einer Anhörung der UREK-S. Die Vorlage wird im Frühling in der Kommission behandelt.
- **Gasversorgungsgesetz:** Dieses soll gemäss Bundesrat die Spielregeln für den liberalisierten Markt festhalten. Bei der Positionierung gibt es unter den Mitgliedern von *economiesuisse* gewisse Divergenzen. Die Konsumenten begrüssen das Gesetz, da dieses mehr Planungssicherheit garantie und den Markt ‘spielen lässt’. Gemäss der Gasbranche führt die ausgearbeitete Vorlage zu einer Überregulierung, deshalb lehnt sie die Vorlage ab. *economiesuisse* hat die Vorlage bisher mit einem «Ja, aber...» befürwortet. *L. Federer* wird bis 8. Dezember einen ersten Entwurf der Vernehmlassungsantwort erstellen und in die Kommission schicken.

Diskussion:

Gemäss *D. Decurtins* bietet das GasVG zwar eine gewisse Rechtssicherheit, beinhaltet jedoch auch viele kritische Aspekte. Der Bundesrat soll mehr Kompetenz erhalten; allein die EICom soll 11 zusätzliche Stellen erhalten. Das Gesetz umfasst 46 Artikel. Weiter geht sie davon aus, dass die durch die Überregulierung verursachten Kosten auf die Kunden abgewälzt würden. Auch wurden die Erneuerbaren Gase aus dem Gesetz gestrichen, welche in Bezug auf die Technologieoffenheit wichtig sind.

T. Porchet geht mit *D. Decurtins* einig, dass die Kosteneinsparungen durch die Liberalisierung durch die zusätzliche Regulierung zunichte gemacht werden könnte. Auch die Axpo begrüsst jedoch den neuen Rechtsrahmen.

Swissmem sieht eine gewisse Parallele zum StromVG. Sie begrüssen grundsätzlich die Rechtssicherheit und befürworten Marktregeln, die sich an der EU orientieren. Dabei soll die Regulierung möglichst klein gehalten werden und die Vorteile überwiegen.

L. Federer bekräftigt, dass sich *economiesuisse* für die Interessen aller Marktteure einsetzen wird und verweist auf die gemeinsame Stossrichtung in der Rechts- und Planungssicherheit sowie eine schlanke Regulierung. Es ist vorgesehen bilaterale Gespräche mit den betroffenen Mitgliedern zu führen. *S. Vannoni* ergänzt, dass die Investitionssicherheit für Infrastrukturen einen wichtigen, gemeinsamen Nenner darstellen.

7 Inputreferat Energiepolitik: Stromverbrauch von Datencentern (Präsentation liegt bei)

C. Grasser zeigt in seinem Referat auf welchen Einfluss die Datacenter künftig auf den Stromverbrauch haben werden. Dabei handelt es sich um grundsätzliche Stossrichtungen, da es viele Unsicherheiten gibt, wie die Welt in ein paar Jahren aussehen wird. Je nach Typ des Datacenters ist auch der Strombedarf höher oder tiefer (Folie 25 – 27). Es gäbe verschiedene technische und organisatorische Hebel, um die Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Die [Swiss Datacenter Efficiency Association](#) setzt sich zum Ziel effiziente Rechenzentren auszuzeichnen und so Anreize am Markt zu schaffen.

U. Schellenberg dankt C. Grasser für die interessanten Ausführungen.

8 Umweltpolitik: Updates (Diskussion auf Wunsch)

- **PFAS:** L. Klingenberg informiert, dass economiesuisse noch auf den Bericht des Postulats Moser sowie der Motion Maret wartet. Das Thema ist weiterhin aktuell. Auch beobachtet man die weiteren Entwicklungen in der EU. Es fällt auf, dass zurzeit viele Untersuchungen zu PFAS-Rückständen gemacht werden.

Gemäss S. Vannoni ist die Wirtschaft, speziell die Zementbranche, noch zu wenig in den Prozess eingebunden. Er bittet economiesuisse, dies im nächsten Spitzentreffen mit dem BAFU aufzunehmen.

- **Omnibus I Entlastungspaket EU:** Das EU Parlament plant derzeit einen neuen Vorschlag auszuarbeiten (Entschlackungspaket). Die Schweiz erwartet, dass die EU den Haftungsrahmen bei den Sorgfaltspflichten aus dem Gesetz löscht. Die Verhandlungen sollen bis zum 8. Dezember dauern. Es wird erwartet, dass der Bundesrat im März einen entsprechenden Vorschlag für die Nachhaltigkeitsregulierung in der Schweiz vorstellt.
- **Entwaldungsverordnung:** Die EU hat die Verabschiedung der Verordnung für ein Jahr hinausgeschoben. Sie planen noch diverse Anpassungen u.a. auch weil es schwierig ist die Daten zu generieren.

R. Wehrli ergänzt, dass chocosuisse eine Verordnung in Anlehnung an die EU begrüsst. Gemäss L. Klingenberg ist es zurzeit unwahrscheinlich, dass die EU eine Schweizer Regulierung anerkennt. Weitere Gespräche müssen stattfinden.

9 Vernehmlassungen/Anhörungen

Auf Folie 38 sind die abgeschlossenen sowie laufenden Vernehmlassungen aufgeführt. Schriftliche Eingaben werde gerne entgegengenommen.

10 Varia und nächste Sitzung

U. Schellenberg dankt allen für die aktive Teilnahme und wünscht eine schöne Weihnachtszeit.

Die nächste Sitzung findet am **4. März 2026 von 14.00-17.00 Uhr** bei economiesuisse, Hegibachstrasse 47, in Zürich statt. Die weiteren Sitzungsdaten sind 24. Juni, 8. September und 19. November.

U. Schellenberg schliesst die Sitzung.